

Ein globales BÜNDNIS 2050 für eine balancierte Globalisierung und eine ökosoziale Weltwirtschaft

Dem globalen Wirtschaften und gesellschaftlichen Miteinander fehlen die regelnden Rahmensetzungen, die in multinationalen Abkommen festgelegt werden müssen, weil die Globalisierung dazu beiträgt, dass die Schere zwischen Arm und Reich national sowie international weiter auseinanderdriftet. Da sich trotz Agenda 21 (UNCED 1991 in Rio) und der Erklärung der Millenniums-Entwicklungsziele (2002) die globale Gesamtsituation permanent verschlechtert, müssen wir dringend handeln und die Weichen für eine soziale und ökologische Weltwirtschaft stellen. Wir Bündnisgrünen erkennen an, dass es globaler Regeln bedarf, um die Herausforderungen der Zukunft lösen zu können. Wir unterstützen Bemühungen, die zu einer ökosozialen Weltwirtschaft führen. Deshalb fördern wir alle Diskussionen und Diskurse, die dahin führen. Wir wollen über die globalen Mechanismen und Zusammenhänge aufklären und eine breite Allianz positiver Kräfte in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vereinen.

Zahlreiche Probleme sind auf fehlende globale Rahmenbedingungen zurück zu führen. Lokales Handeln ist längst nicht mehr ohne globales Denken möglich, da es vielfach globalen Zwängen unterliegt. Das kollektive Wollen des Guten und Richtigen ist lokal und national nicht mehr im Alleingang umsetzbar. Das Falsche wird durch globale Rahmenbedingungen häufig belohnt, das Gute benachteiligt. Deshalb fordern wir Bündnisgrüne einen politischen Diskurs, in dem die Schwierigkeiten offen beim Namen genannt werden. Die Zeit der einfachen Lösungen ist längst endgültig vorbei. Wir fordern eine konsequente politische Doppelstrategie, um den wechselseitigen Abhängigkeiten nationaler und internationaler Erfordernisse sachgerecht begegnen zu können.

Bündnis 90/Die Grünen fordern:

1.) dass ökologische und soziale Kriterien in unserem Weltwirtschaftssystem eine stärkere Rolle spielen. Wir wollen, dass im internationalen Handel ökologisch und sozial verträgliche Güter bevorzugt werden gegenüber Produkten, die aufgrund umweltschädlicher und sozial problematischer Bedingungen zu einem geringeren Preis angeboten werden können. Wir befürworten Regulierungsmaßnahmen, die diese Ziele berücksichtigen und erteilen dem bedingungslosen Freihandel eine Absage. Handel darf mittel- bis langfristig nur noch innerhalb zu definierender ökologischer und sozialer Leitplanken stattfinden.

2.) dass Entwicklungs- und Schwellenländer, deren Ressourcenproduktivität häufig geringer ist und die oft niedrige Umwelt- und Sozialstandards haben, keine erhebliche Einbußen im internationalen Handel hinnehmen müssen, wenn sie nach denselben Umwelt- und Sozialstandards wie die Industrieländer produzieren müssen. Deswegen muss auf internationaler Ebene ein Fonds geschaffen werden, der den Entwicklungs- und Schwellenländern die Nachteile

52 ausgleicht, die durch höhere Umwelt- und Sozialstandards entstehen. Der Fonds
53 könnte an dem europäischen Strukturfonds orientiert und sollte durch globale
54 Steuern finanziert werden. In Europa trägt der Strukturfond dazu bei, dass
55 regionale Unterschiede bei der Wirtschaftsleistung ausgeglichen werden, indem
56 z.B. (Infra-)Strukturverbesserungsmaßnahmen finanziert werden. Ein Fonds auf
57 internationaler Ebene, der Entwicklungs- und Schwellenländern entstehende
58 Nachteile bei der Einführung sozialer und ökologischer Kriterien ausgleicht, sollte
59 aber auch aus internationalen Steuern finanziert werden (Siehe Punkt 3 bis 5).

60

61 3.) dass eine Terra-Tax auf den globalen Handel mit Gütern und Dienstleistungen
62 eingeführt wird. Deutschland sollte eine Vorreiterrolle innerhalb der EU spielen
63 und sich für die längst überfällige Umsetzung dieses wichtigen Steuerungs- und
64 Finanzierungsinstrumentes stark machen.

65

66 4.) dass eine Besteuerung aller Finanztransaktionen und aller „innovativen
67 Finanzierungsinstrumente“ erfolgt. Dies gilt auch für die Transaktionen, die
68 bisher außerhalb der Reichweite nationalstaatlicher Behörden sind.
69 Umgehungsmöglichkeiten müssen beseitigt und verhindert werden. Auf
70 europäischer Ebene wollen wir durchsetzen, dass das nahezu steuerfreie Parken
71 von Kapital in Steueroasen wie z.B. Liechtenstein oder den Cayman-Inlands
72 zukünftig nicht mehr möglich ist. Wir fordern außerdem, dass untersucht wird,
73 ob die Einführung der so genannten „Mehrgeldsteuer“ (leverage money tax) Sinn
74 macht und administrativ umsetzbar ist. Sie wird immer dann erhoben, wenn es
75 auf dem internationalen Finanzmarkt zur Neuschöpfung von Kreditgeld kommt.

76

77 5.) dass Kerosin angemessen besteuert wird. Die bisher fehlende Besteuerung
78 führt zu einem unlauteren Wettbewerb zwischen den Fluggesellschaften. Die
79 Transportpreise im Luftverkehr entsprechen nicht den tatsächlichen
80 ökologischen Kosten. Sie führen dazu, dass der Handel über weite Strecken
81 begünstigt wird und der lokale sowie regionale marktnahe Handel sich nur
82 ungenügend herausbilden kann. Höhere Transportpreise würden lokale und
83 regionale Strukturen begünstigen und so helfen, fossile Brennstoffe zu sparen. Es
84 macht aus unserer Sicht z.B. keinen Sinn, Kartoffeln aus Israel zu importieren,
85 wenn diese die dortige Wasserproblematik verschärfen, mehr fossile Energie
86 benötigen und hier umweltschonender hergestellt werden könnten.

87

88 6.) dass kulturelle Traditionen in der Entwicklungszusammenarbeit beachtet
89 werden. Deswegen fordern wir den Ausbau von gleichberechtigten
90 Partnerschaften und mehr Autonomie, wenn die Empfängerstaaten
91 vertrauenswürdig sind. Zivilgesellschaftliche Gruppen mit Erfahrung vor Ort
92 müssen besser eingebunden und an der Umsetzung entwicklungspolitischer
93 Vorhaben stärker beteiligt werden. Dies gilt gerade für die
94 Korruptionsvermeidung, die bisher leider oft vernachlässigt wird und zahlreiche
95 Entwicklungsprozesse hemmt. Die Aufträge in der Entwicklungszusammenarbeit
96 müssen zukünftig unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien
97 öffentlich ausgeschrieben und die Verwendung der Mittel kontrolliert werden.

98

99 7.) dass Bildung und der Aufbau von sozialen Sicherungssystemen als globale
100 Herausforderungen angesehen werden. Wichtigste Voraussetzung sowohl für den
101 sozialen Frieden als auch für eine gerechte Globalisierung ist und bleiben
102 funktionierende Bildungs- und Sozialsysteme. Wir fordern deshalb umfangreiche
103 Investitionen in Bildung und die soziale Sicherheit, damit die unausweichlichen

104 gesellschaftlichen Veränderungen mit den daraus resultierenden individuellen
105 Unterschieden weitestgehend abgefedert werden. Darauf sollten sich die
106 internationale Entwicklungszusammenarbeit und die nationalen Politiken
107 konzentrieren, die die Hauptverantwortung für das Funktionieren der
108 Bildungssysteme tragen.

109

110 8.) dass auf EU-Ebene das Problem der international ungenügend geregelten
111 Finanzmärkte offensiver diskutiert wird und notwendige Regulierungen
112 gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erarbeitet und umgesetzt werden. Es hat
113 sich gezeigt, dass die Konkurrenz zwischen und innerhalb der Wirtschafts- und
114 Währungsräume zu einem Abwärtswettbewerb führen kann, der unseren
115 Gemeinwesen schadet. Insbesondere die Konkurrenz der Steuersysteme
116 unterminiert die Finanzierungsbasis unserer Sozialsysteme und zahlreicher
117 öffentlicher Leistungen. In der Folge sinken die ökonomische Leistungsfähigkeit
118 mancher Gesellschaften und die soziale Sicherheit. Diese Entwicklungstendenz
119 können wir nur stoppen, wenn die Politik verbindliche Rahmenbedingungen in
120 den entsprechenden Wirtschaftsräumen und dem Weltfinanzmarkt schafft. Wir
121 brauchen eine Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen und der
122 Steuersätze, eine Ausgrenzung der Steueroasen z.B. durch wirksame
123 Kapitalverkehrskontrollen, die Einschränkung des Bankgeheimnisses, eine
124 staatliche Regulierung aller Handelsplattformen und aller
125 Bilanzierungsregelungen.

126

127 9.) dass Arbeitslose, Hartz-IV-EmpfängerInnen und andere Benachteiligte
128 bessere Chancen haben, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Dazu benötigen
129 sie neben einer finanziellen Unterstützung, wie z.B. durch ein Grundeinkommen,
130 auch ein Bankkonto, das ihnen von den Banken kostenfrei zur Verfügung gestellt
131 werden sollte. Die Freisetzung menschlicher Kreativität erfordert u.U. auch den
132 Zugang zu Kapital. Deshalb drängen wir darauf, dass deutsche Banken
133 verpflichtet werden, Angebote für zinsgünstige Mikrokredite bereit zu stellen. Nur
134 wenn die Hürden nicht zu hoch sind, die im heutigen Wirtschaftssystem noch zu
135 Ausgrenzungen führen, werden neue Ideen ausprobiert und Entwicklungen
136 angestoßen. Zum einen würden Mikrokredite das innovative und kreative
137 Wertschöpfungspotential der BürgerInnen unterstützen, zum anderen lassen sich
138 Synergieeffekte in Verbindung mit einem Grundeinkommen generieren, die den
139 unvermeidlichen Systemwechsel voran bringen können.

140

141 10.) dass die Gender-Perspektive in allen Globalisierungs-Diskursen
142 angemessen beachtet wird. Unter den sich dramatisch zuspitzenden
143 Lebensbedingungen auf dem Globus leiden Frauen auf der Südhalbkugel
144 momentan im Besonderen, weil ihnen die Organisation des familiären Alltags
145 traditionell oft alleine obliegt. Bei uns gehören allein stehende Rentnerinnen und
146 allein erziehende Mütter zu den größten Verliererinnen des deutschen
147 Sozialsystems, an dessen unterem Rand immer mehr Leute von Ausgrenzung
148 und Abstieg bedroht sind. Auch im 21. Jahrhundert werden internationale
149 Auseinandersetzungen noch immer über Frauenkörper ausgetragen, da
150 Massenvergewaltigungen nach wie vor eine beliebte Kriegsstrategie darstellen.
151 Ein Weltvertrag kann ohne Rekurs auf die Geschlechterperspektive nicht
152 gefunden werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die wissenschaftlichen
153 Erkenntnisse in unterschiedlichen Fachdisziplinen, die aufgrund feministischer
154 Fragestellungen seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts zur Analyse der
155 spezifischen Rolle der Frau beigetragen haben, endlich auch Eingang in den
156 Globalisierungsdiskurs finden.

157 **Begründungen:**

158

159

160 Zu 1) und 2)

161 Weil wir längst wissen, warum sich die Lebensbedingungen auf dem Globus unter
162 dem ungebremsten Bevölkerungswachstums (2050: 10 Mrd. ErdbewohnerInnen)
163 auch in den reichen Industrieländern für die sozial Benachteiligten stetig
164 verschlechtern, bedarf es einer sofortigen Regulierung des Weltfinanzsystems. Es
165 kann nicht sein, dass Länder wie Deutschland mit einer prinzipiell richtigen öko-
166 sozialen Ausrichtung systemisch zu einer Neuverschuldung gezwungen werden,
167 um die primär notwendigen Aufgaben der öffentlichen Hände überhaupt noch
168 finanzieren zu können. Neuverschuldung, Privatisierung öffentlicher
169 Einrichtungen und falsche Einsparungen bilden eine gefährliche Trias, die es den
170 kommenden Generationen zunehmend schwerer machen wird, überhaupt noch
171 nachhaltig richtige Entscheidungen treffen zu können.

172 Bündnis 90/ Die Grünen erwarten deshalb ein konsequentes Umdenken in der
173 Finanzpolitik! Uns allen ist klar, dass richtige Entscheidungen für eine
174 zukunftsfähige Finanz- und Ausgabenpolitik nicht ohne Regulierung des globalen
175 Geld- und Kapitalmarktes zu treffen sind. Deshalb fordern wir die EU dringend
176 zur Setzung entsprechender Rahmenbedingungen auf! Es ist unbedingt zu
177 vermeiden, dass die auf dem „globalen Schwarzmarkt“ erwirtschafteten Profite
178 legal und unversteuert auf irgendwelchen Konten außerhalb der EU verbucht
179 werden. Diese auf Kosten eines Gemeinwesens - nämlich ohne es angemessen
180 mitzufinanzieren – erwirtschafteten Erträge bleiben ohne jeglichen Nutzen für
181 Staat und Gesellschaft. Dieses Kapital dient zudem häufig einer weiteren
182 Profitmaximierung, wenn es auf dem internationalen Finanzmarkt in diversen
183 Anlagefeldern weiter vermehrt wird. Wir fordern deshalb die Prüfung der
184 Mehrgeldsteuer, damit die Gewinne aus dem Investmentbanking und aus
185 anderen Geldschöpfungsprozessen (gerade für „gehebelte“ Geschäfte) nicht
186 unversteuert den Globalisierungsprofiteuren zufließen. Ob die vorerst auf EU-
187 /Euro- und später auch auf UN-Ebene einzufordernden Steuern dann zur Co-
188 Finanzierung von Entwicklungsländern oder in Fördermaßnahmen für
189 Mittelstandsbetriebe eingesetzt werden, darüber werden die politisch
190 Verantwortlichen der beteiligten Länder jeweils zu diskutieren haben. Im
191 Konkreten wird der Vorschlag doppelstrategischer Entscheidungen abzusprechen
192 sein, ohne die es zu keinen globalen Verbesserungen kommen kann. Eine
193 gerechte Weltordnung ist zwingend auf die erfolgreiche Implementierung von
194 Rahmenbedingungen für ein reguliertes Weltfinanzsystems angewiesen. So
195 müssten bspw. die aktuellen politischen Maßnahmen, die als Reaktion auf die
196 explodierenden Nahrungsmittel- und anderen Rohstoffpreise getroffen werden,
197 auch an die Bedingung einer Finanzierung über eine globale Abgabe auf
198 spekulative Kontrakte an den Waren-Terminbörsen gekoppelt werden. Die mit
199 einem Weltvertrag zu erwartende Re-Regionalisierung des Wirtschaftens benötigt
200 insbesondere eine faire Besteuerung aller am öko-sozialen Markt agierenden
201 Marktteilnehmer. Uns ist dabei klar, dass es auch eines neuen
202 Wachstumsbegriffes bedarf, um die Bedürfnisse von 10 Mrd. Menschen
203 nachhaltig befriedigen zu können. Wir lehnen idealistische Konzepte ab, die sich
204 grundsätzlich wider jegliche Art von Wachstum richten. Es ist aber zwingend
205 erforderlich zu beachten, dass das globale BIP nur in dem Maße wächst, wie es
206 unter der Beachtung der ökologischen Nachhaltigkeit verträglich bleibt. Für den
207 Aufholprozess der ärmeren Länder müssen nachhaltige Bedingungen unbedingt
208 eingehalten werden. Wir erkennen an, dass keine nachhaltige Zukunft ohne ein

209 verträgliches Wachstum passieren wird, weil eine Angleichung der
210 Daseinsbedingungen auf dem Planeten ohne verträgliches Wachstum überhaupt
211 nicht stattfinden kann.

212
213
214

215 Zu 3 und 4)

216 Co-Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen in Entwicklungsländern ist ohne
217 Kapital nicht machbar. Zwingend notwendig ist es deshalb, den Diskurs um die
218 bekannten Finanzierungsinstrumente Terra- und Tobin-Tax vehement weiter zu
219 führen und auch nach alternativen Instrumenten zu suchen. Wir wollen uns dafür
220 einsetzen, dass die wirtschaftliche und politische Bewertung dieser fiskalischen
221 Instrumente nicht ausschließlich auf einer diskursiven Basis erfolgt, die
222 marktwirtschaftliche und neoliberale Begründungsmuster anführt und derartige
223 globale Steuern als Wettbewerbs-Hindernisse kategorisiert. Wir Bündnisgrünen
224 haben längst erkannt, dass gesunder Wettbewerb vor allem nationale und
225 internationale Rahmenbedingungen erfordert, die den Handelspartnern eine
226 Begegnung auf Augenhöhe ermöglichen. In wirtschaftspolitischen Diskussionen
227 gerät die sozialpolitische Perspektive schnell aus dem Blick. Dies ist aber die
228 entscheidende Grundlage für Chancengleichheit und damit Gerechtigkeit.
229 Fehlende Mittel für soziale Infrastrukturen stellt das Weltfinanzsystem uns
230 momentan zwar über billige Kredite zur Verfügung, doch eine nachhaltige Lösung
231 hat auf Neuverschuldung zwingend zu verzichten. Fiskalische Instrumente wie
232 die Mehrgeldsteuer leisten einen erheblichen Beitrag dazu, dass die leeren
233 Staatskassen von denjenigen wieder gefüllt werden, die ökonomisch aufholen
234 können und auch von der Globalisierung profitieren sollten. Die mit der
235 Mehrgeldsteuer angestoßene Entwicklung würde dafür sorgen, dass die
236 Steuergerechtigkeit und –Fairness wieder „auf die Füße“ gestellt wird. Letztlich
237 bleibt die Frage, wie es gelingen kann, allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe
238 und alle notwendigen materiellen Lebensgrundlagen zuzusichern, damit sie
239 „leistungsfähig“ (=überlebensfähig) bleiben und der bisherigen
240 Systemrationalität aus dem unregulierten Dreiergespann Konkurrenz,
241 Wettbewerb und Macht selbst bestimmt standhalten können. Das Problem bleibt,
242 dass wir nachhaltige Lösungen letztlich nur mit einem vollständigen
243 Systemwechsel erzielen werden.

244
245
246

247 Zu 5)

248 Sinnvolle und hilfreiche Co-Finanzierungsinstrumente, die einer Verbesserung der
249 ökologischen Gesamtsituation des Planeten zugute kommen, sind zum Beispiel
250 Verzichtserklärungen, wie sie unlängst von Venezuela erstmalig ausgesprochen
251 wurden. Das Land will sich verpflichten, auf die Ölförderung in einem
252 Naturschutzgebiet zu verzichten, wenn es für die entgangenen Einnahmen
253 entschädigt wird. Man könnte z.B. Co²-Zertifikate anbieten, wenn diese in dem
254 entsprechenden Entwicklungsland der Einhaltung von ökologischen Standards
255 dienen. Dadurch wird jedoch unsere ohnehin schon teure Energie weiter
256 verteuert. Ohne pro-Kopf-gleiche Emissionszertifikate werden wir die Weichen für
257 eine balancierte Globalisierung heute jedoch kaum noch stellen können. Dieses
258 Beispiel eignet sich zudem, um die eingangs genannte Doppelstrategie näher zu
259 erläutern. Internationale Notwendigkeiten erfordern auch eine Bereitschaft zu
260 eigentlich unbequemen nationalen Veränderungen, wie sich am aktuellen Beispiel
261 der Energiekrise besonders gut darstellen lässt. Da nur die wenigsten bisher zum

262 Verzicht bereit sind und das Einsparpotential von Entwicklungsländern
263 hinsichtlich der globalen Gesamtbilanz viel zu gering ist, setzen wir
264 Bündnisgrünen auch auf technische Innovationen, für die wir im Bereich der
265 Erneuerbaren Energien, der Einspar- und Effizienzpotentiale schon vieles auf den
266 Weg gebracht haben.

267
268
269

270 Zu 6)

271 Ein Weltvertrag wird sich nur unter Anerkennung bestehender kultureller
272 Unterschiede verabschieden lassen. Eine Gleichberechtigung der Kulturen
273 erfordert eine gegenseitige Akzeptanz der jeweiligen Bräuche und Traditionen,
274 wozu eine erhöhte Sensibilität unbedingt notwendig ist. Entwicklungshilfe- und
275 Co-Finanzierungsprojekte sollen eine gerechte Weltordnung entstehen lassen, die
276 die Voraussetzungen für eine verbindliche Weltinnenpolitik schafft. Dieser von
277 Carl Friedrich von Weizsäcker geprägte Begriff beschreibt im Prinzip den
278 politischen Prozess, der für eine doppelstrategischen Ausrichtung aller
279 Maßnahmen gefunden werden muss. Das erfordert eine gründliche
280 Auseinandersetzung mit allen politischen Themenfeldern, die jeweils auf ihre
281 nationalen und internationalen Auswirkungen hin bewertet und beurteilt werden
282 müssen. Doch uns Bündnisgrünen ist klar, dass es dazu keine Alternativen gibt!
283 So hat sich z.B. gezeigt, dass trotz ernsthaftem Bemühen (Nutzung von Agro-
284 Treibstoff zur Verminderung der CO²-Emissionen) unerwünschte und
285 pathologische Synergieeffekte kaum auszuschließen sind. Politik wird dazu
286 übergehen und anerkennen müssen, dass sich unerwünschte pathologische
287 Synergien nur unter der Bedingung einer durchgeführten umfangreichen
288 Systemanalyse vermeiden lassen. Als ein wichtiges Ziel dieser anzustrebenden
289 Vorgehensweise wird sich früher oder später hoffentlich die Ratifizierung eines
290 Weltvertrages ergeben. Bündnis 90/ Die Grünen erkennen diese wichtige
291 Aufgabe als erste Partei im deutschen Parlament an, weil wir längst um die
292 Bedeutung paradigmatischer Veränderungen wissen. Die Aufgabe der
293 nachhaltigen Zukunftsgestaltung wird letztlich nur innerhalb der funktionierenden
294 Multitude unter Global Governance Strukturen lösbar sein. Es gibt schon heute
295 (fast) Weltverträge (z.B. WTO, IMF, ILO, UN etc)! Sind aber nicht aufeinander
296 abgestimmt und haben unterschiedliche Durchsetzungskraft, widersprechen sich
297 in wichtigen Punkten gelegentlich. Die europäischen Grünen sollten deshalb
298 dringend einen globalen „Konsistenzprozess“ initiieren, in dem darauf zu drängen
299 ist, dass die legitimierten ökologischen und sozialen Standards in allen
300 Weltvertragsteilen sich nicht widersprechen und ihre Einhaltung überwacht und
301 ein Verstoß auch wirkungsvoll sanktioniert werden kann.

302
303
304

305 Zu 7)

306 Deutschlands globale Wettbewerbsfähigkeit hängt primär von Investitionen auf
307 dem Bildungssektor ab. Dass unser dreigliedriges Schulsystem eine
308 gesellschaftliche Realität des 19. Jahrhunderts widerspiegelt und sich zudem
309 jährlich bis zu 20% der SchulabgängerInnen ohne Abschluss auf dem
310 Arbeitsmarkt bemühen, zeugt von einer unerklärlichen Ignoranz der
311 Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Verschärft wird diese
312 Situation dadurch, dass die Zahl der ungeplanten Schwangerschaften
313 insbesondere in der Gruppe junger und schlecht ausgebildeter Frauen
314 überproportional zunimmt. Müttern und Kindern droht der soziale Abstieg,

315 verbunden mit gesteigertem Krankheitsrisiko und negativen Zukunftschancen.
316 Aus der Hirnforschung ist längst bekannt, dass sich so genannte
317 Metakompetenzen wie Empathiefähigkeit oder vernetztes Denken innerhalb des
318 Unterrichts nicht vermitteln lassen. Damit Menschen diese neuronalen Anlagen
319 entwickeln können, brauchen sie ein funktionierendes soziales Umfeld. Das
320 bisherige Schulsystem ist weit davon entfernt, die so genannten
321 überlebenswichtigen soft skills entsprechend zu fördern, da es primär die
322 Selektion der SchülerInnen nach Herkunft festschreibt. Deutschlands
323 Zukunftsfähigkeit in einer globalisierten Welt kann nur von Menschen
324 sichergestellt und aufrechterhalten werden, die sich zu den Notwendigkeiten
325 eines übergeordneten Vertragswerkes bekennen und dieses zu kommunizieren
326 wissen. Unser Land nimmt schon heute eine wirtschaftliche Vorreiterrolle ein,
327 weshalb wir uns zu unserer Verantwortung hinsichtlich der notwendigen
328 Globalisierungsgestaltung bekennen müssen. Wir Bündnisgrünen sind uns dieser
329 globalen Aufgabe bewusst und setzen uns dafür ein, dass wir mit unserem
330 Bekenntnis zum Weltvertrag auch einen Parteien übergreifenden Diskurs im
331 deutschen Parlament initiieren.

332
333

334

335 Zu 8)

336 Inzwischen ist es national und international mehr als offensichtlich, dass die
337 Ungleichheit sowohl in den reicheren Ländern selber als auch zwischen den
338 verschiedenen Staaten weiter zunimmt. Diese extrem ungleiche Teilhabe bei
339 wachsender Gesamtzahl der Menschen führt zu einer „Brasilianisierung“ der Welt.
340 Wir leben dann in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der „gleiches Recht für
341 alle“ nicht gilt. Die Würde des Menschen bleibt auf der Strecke, u.a. auch, weil
342 dann dem jetzt schon überdeutlich zu Tage tretenden Hass, Gewalt und Terror
343 mit massiven Eingriffen begegnet werden muss. Diese ist sicherlich nicht die
344 Wunschzukunft für die Mehrheit der Menschen, kann aber durchaus für die
345 „Eliten“ attraktiv sein – manifestiert doch längst eine globale Feudalstruktur mit
346 wenigen „Herren“ und vielen äußerst preisgünstigen „DienerInnen“. Die
347 Entwicklung kann nur aufgehalten werden, wenn wir uns heute zur
348 Notwendigkeit eines Weltvertrags bekennen, damit die Rahmenbedingungen
349 zukünftig so gestaltet werden können, dass richtiges Handeln belohnt wird.

350

351

352

353 Zu 9)

354 Den gesellschaftlichen Abstieg benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu
355 vermeiden, ist oberstes Ziel GRÜNER Sozialpolitik. Mikrokredite haben sich längst
356 nicht nur in Entwicklungsländern als positive Instrumente für einen potentiellen
357 Marktzugang erwiesen, sondern können inzwischen auch in Städten wie New
358 York oder London in Anspruch genommen werden. Über ein eigenes Bankkonto
359 verfügen zu dürfen, bedeutet für viele Arbeitslose und Hartz-IV-EmpfängerInnen
360 einen ersten Schritt hin zu einem Leben in „gesellschaftlicher Normalität“.
361 Deshalb fordern wir dazu auf, Richtlinien für die Vergabe von Kleinstkrediten zu
362 formulieren. Die Banken müssen darüber hinaus dazu verpflichtet werden, auch
363 Mittellosen und TransferleistungsempfängerInnen eine kostenlose
364 Kontoeröffnung zu ermöglichen. Es wird zu prüfen sein, ob die entsprechenden
365 Aufwandsentschädigungen bzw. das Kapital zur Kreditvergabe aus Mitteln des
366 historischen Marshallplanes generiert werden kann, die heute von der KfW
367 verwaltet werden. Angesichts einer zunehmenden sozialen Schieflage, sowohl im

368 reichen Norden als auch im verarmten Süden, wird es immer wichtiger, dass alle
369 Menschen tatsächlich einen Marktzugang (=Bankverbindung) erhalten, um ihr
370 Leben selbst bestimmt gestalten zu können. Nicht nur für die Bevölkerungen in
371 Entwicklungsländern, sondern auch für diejenigen, für die die Maschen unseres
372 Sozialsystems schon lange zu groß sind, brauchen wir Banken, die auf der Basis
373 von Mikrokrediten Geschäftsideen würdigen, die sonst als förderungsunwürdig
374 gelten. Dass aktuell zahlreiche EmpfängerInnen sozialer Transferleistungen in
375 Deutschland über kein eigenes Bankkonto verfügen, kann auch als Beleg dafür
376 gewertet werden, dass das Bankenwesen kapituliert. Und zwar vor seiner auf
377 Gewinnmaximierung ausgerichteten Arbeitsweise, die den Verantwortlichen die
378 Einsicht verbietet, dass sie ihre eigene Geschäftsfähigkeit nur auf der Basis realer
379 Einkommen von möglichst vielen BürgerInnen werden beibehalten und ausbauen
380 können. Wer primär Renditesteigerung von Aktionären verfolgt und bei Verlusten
381 den Staat zur Verantwortung ziehen will – Ackermann forderte unlängst bessere
382 staatliche Regulierungsmechanismen - der vergisst, dass unter unregelmäßigen
383 Weltmarktbedingungen die Gruppe der VerliererInnen automatisch stetig weiter
384 anwächst.

385

386

387

388 Zu 10)

389 Mit unserem Frauenstatut sind wir Bündnisgrünen noch immer die einzige
390 bundesdeutsche Partei, die sich explizit für die Beteiligung von Frauen am
391 politischen Prozess einsetzt. Nach wie vor gibt es keine vollständige
392 Gleichberechtigung in der bundesdeutschen Gesellschaft, da z.B. die
393 Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft noch immer keine
394 Selbstverständlichkeit ist. Auch ist in unserem bundesdeutschen Bildungssystem
395 der derzeitige Bildungsvorteil in den Schulabschlüssen, den die Mädchen haben,
396 leider immer noch nicht beruflich umsetzbar. Insbesondere auch im
397 Hochschulbereich sind die gläserne Decke und die Benachteiligungen von Frauen
398 eklatant. Außerdem fehlt neben der freiwilligen Verabredung der Wirtschaft mit
399 der Politik noch immer ein Gesetz zu Frauenförderung im wirtschaftlichen Bereich.
400 Eine frauenpolitisch problematische Situation ist auch darin zu sehen, dass es
401 nach wie vor keine eigenständige Existenzsicherung für Frauen in allen
402 Lebensphasen gibt und dass viele Männer die Rolle des Alleinverdieners
403 einzunehmen haben. Dass sich die Abwesenheit des Vaters und die fast
404 ausschließliche Betreuung durch Frauen (Mütter zu Hause, Lehrerinnen und
405 Erzieherinnen in Grundschule und Kindergarten) negativ auf die gesunde psycho-
406 soziale Entwicklung von Jungen auswirkt, wird in der politischen Diskussion noch
407 immer gerne ausgeklammert. Frauen gelten beim Wieder-Einstieg in den Beruf
408 dann lediglich als Zuverdienerinnen und werden durch die Einstufung in
409 Steuerklasse V benachteiligt. Und In der medizinischen Forschung steht noch
410 immer der Mensch (=der Mann?!) beispielhaft im Mittelpunkt, obwohl längst
411 bekannt ist, dass Frauen anders als Männer auf Medikamente reagieren. Aus der
412 Neurobiologie wissen wir inzwischen auch, dass Frauengehirne durch die
413 hormonellen zyklischen Schwankungen anders als Gehirne von Männern
414 strukturiert sind. Bisher werden diese Unterschiede weder hinreichend erforscht,
415 geschweige denn zur Grundlage für notwendige gesellschaftspolitische
416 Veränderungen gemacht. Der Pharmamarkt stellt zwar Viagra zur Verfügung,
417 aber die Pille für den Mann ist noch nicht ausreichend erforscht, um zu einer
418 alltäglichen Selbstverständlichkeit wie die so genannte Anti-Baby-Pille für Frauen
419 zu werden. Diese Beispiele aus dem bundesdeutschen Alltag verdeutlichen schon
420 sehr umfangreich, dass eine nachhaltige Veränderung der menschlichen

421 Lebensgrundlagen ohne Beachtung der Gender-Perspektive nicht realisierbar sein
422 wird. Unzählige Beispiele für eine „systemimmanente“ Diskriminierung von
423 Frauen aus anderen Ländern ließen sich hier selbstverständlich anführen, worauf
424 aber verzichtet wird.

425
426
427
428
429
430
431
432
433

UnterstützerInnen

434
435
436
437
438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461

Martina Knappert-Hiese (KV Bodensee)

Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Heinrich Lorenz (Kreisvorsitzender KV Nordhausen/Thüringen)

Max Burger (KV Rottweil)

Merfin Demir (KV Mettmann)

Richard Janus (Sprecher LAG ChristInnen Thüringen, RV Wartburgkreis/ Stadt Eisenach)

Anselm Laube (KV Goslar)

Hanna Tlach (KV Konstanz)

Gabriela Schuchalter-Eicke (KV Wiesbaden/ stellv. Sprecherin BAG Frauen)

Manfred Kern (KV Rhein-Neckar-Hardt)

Matthias Schneider (KV Duisburg)

Ralf Striecker (KV Hamburg-Nord)